

"Appell an das europäische Bewußtsein" in Welt der Arbeit (5. Oktober 1956)

Quelle: Welt der Arbeit. Wochenzeitung des deutschen Gewerkschaftsbundes. 05.10.1956. Köln: Bund-Verlag GmbH. "Appell an das europäische Bewußtsein".

Urheberrecht: (c) Welt der Arbeit

URL:

http://www.cvce.eu/obj/appell_an_das_europaische_bewu%C3%9Ftsein_in_welt_der_arbeit_5_oktober_1956-de-0709b681-9352-466e-8b7f-5515ea706bed.html



Publication date: 05/11/2015

Appell an das europäische Bewußtsein

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa warnt – Eine vielbeachtete Rede Adenauers

Es ist ein neues Erwachen europäischen Bewußtseins, das wir in diesen Tagen erleben. Die Suezkrise hat dazu ihr Teil beigetragen. Wenn nämlich einmal aus Gründen, die auch politischer Art sein können, der Zustrom von Öl aus dem Nahen Osten ausbleibt, dann wird Europas Fehlbedarf an Energieträgern, der sich schon jetzt deutlich abzeichnet und der ohnehin eine Neigung zu verheerendem Wachstum zeigt, noch viel drastischer in Erscheinung treten, als man auch so schon befürchten muß. Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa hat nun dieser Tage einen Appell an die europäischen Regierungen gerichtet, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Nur ein Vereintes Europa wird in der heutigen Welt gehört und geachtet, heißt es in der EntschlieÙung, deren klare Diktion die Meisterhand des Vaters der Montanunion, Jean Monnet, verrät. Nur zusammen können unsere Länder dazu gelangen, Atomenergie rechtzeitig und in genügenden Mengen zu erzeugen, um ihre Erdöl- und Kohleeinfuhren in vernünftigen Grenzen zu halten. Dazu werden nun dringend praktische Maßnahmen verlangt. Wesentlich dabei ist, daß bei der Versorgung, im Eigentum und in der Kontrolle der spaltbaren Stoffe die Methoden angewandt werden sollen, die sich in Amerika bewährt haben – also die strengste Konzentration unter staatlicher Beaufsichtigung. Ebenso wichtig erscheint uns, daß an dieser Regelung Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Verbraucher neben den Regierungen und Parlamenten maßgebend mitwirken sollen.

Überdeckt wurde der Eindruck dieser EntschlieÙung von dem außerordentlich starken Echo einer Rede, die der Bundeskanzler Adenauer anläßlich seines Besuches in Brüssel vor belgischen Katholiken gehalten hat. Sein Ruf nach raschem Handeln für einen europäischen Zusammenschluß konnte nicht eindringlicher sein als die erwähnte EntschlieÙung. Was seiner Rede die starke Wirkung verlieh, das waren hauptsächlich zwei Momente! Einmal knüpfte der Kanzler geschickt an die Beklemmungen an, die in Frankreich und England entstanden sind, weil diese beiden Länder bei den USA nicht die erwartete Hilfe zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Nasser wegen seiner Enteignung des Suezkanals fanden. Daß Adenauer selber über den Wandel der amerikanischen Vorstellungen in der Rüstungsfrage alles andere als entzückt ist, darf man als bekannt voraussetzen. So ergab sich denn von selbst als Ausgangspunkt die Vorstellung, die eigentlich ja allen Förderern des Europagedankens zugrunde lag. Sie besagt, daß Europa nicht auf die Patronage Amerikas angewiesen sein darf, sondern aus eigenem eine kontinentale Kraft entwickeln muß, wenn es ein selbständiger Faktor der Weltpolitik und der Weltwirtschaft werden will.

Als Mittel zu diesem Ziel, das schleunigst in Anwendung zu bringen ist, empfahl der Kanzler eine Methode, die ebenfalls als Idee keineswegs neu, aber in der letzten Zeit in den Hintergrund getreten ist. Das war der zweite Grund für die starke Wirkung seiner Rede. Die europäischen Staaten — einschließlich Englands — sollten sich zu einem losen Verband, zu einer Föderation, zusammenschließen, um sich enger politisch zu verflechten. Diese politische Lösung schließt andere Formen einer Zusammenarbeit keineswegs aus, ergänzt sie vielmehr und kann sie — zumindest für längere Sicht — auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Am stärksten wirkte Adenauers Appell zu schnellem Handeln. In der Tat ist da kaum Zeit zu versäumen. Bei seinem bevorstehenden Staatsbesuch in Paris wird Adenauer mit dem französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet über die Fortsetzung der Aktion verhandeln.

Aber es sollte auch nichts geschehen, was diesen Bestrebungen nach einem engeren Zusammenschluß Europas zuwiderläuft. Die Ansätze zu einer Atomregelung in Deutschland, die dem Privatkapital bei der Nutzung dieser gewaltigen Naturkraft weitestgehende Vorrechte sichert, ferner die gegen jede Möglichkeit eines gemeinsamen Marktes gerichtete Einfuhrpolitik des Bundesernährungsministers — das sind geradezu Bremsklötze für die Entfaltung wahrhaft europäischer Gesinnung im eigenen Lande. Wir begrüßen gewiß jeden neuen Schritt und jeden neuen Gedanken in der Richtung eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten. Dann aber dürfen wir selbst ihm keine Hindernisse in den Weg legen. Daher ist die Forderung an die Regierung wohl am Platze: Beginnt mit den guten Absichten daheim! Ss.

